



## **Kreishaushalt genehmigt**

Hierzu führt CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Georg Schmitz aus:



Mit Verfügung vom 12.08.2011 hat die Bezirksregierung den Hebesatz der Kreisumlage (45,7 %-Punkte) und damit den Haushaltsplan 2011 des Kreises Wesel genehmigt.

Wie 2010 liegt damit auch in diesem Jahr kein ausgeglichener Haushalt vor; jeweils rund 16 Mio € wurden deshalb der sog. Ausgleichsrücklage entnommen. Regierungspräsidentin Anne Lütkes schreibt hierzu: „Durch die gewählte Strategie, einerseits die Kreisumlage anzuheben und andererseits die Ausgleichsrücklage zu reduzieren, wird eine noch stärkere Belastung der kreisangehörigen Kommunen vermieden.“

An dieser Stelle darf sicherlich vermerkt werden, dass es die CDU-Kreistagsfraktion war, die diese „Strategie“ entwickelt hat. Waren zur Durchsetzung des Habesatzes 2010 noch drei geheime Abstimmungen nötig, bei denen die gegen die CDU gerichtete „Kooperation“ des Landrates zerbrach, so fand der CDU-Vorschlag 2011 -nach ausführlicher Diskussion- breiteste Zustimmung (nur 1 Gegenstimme).

Für uns war es in den von der Wirtschaftskrise besonders betroffenen Haushaltsjahren wichtig und selbstverständlich, Solidarität innerhalb der kommunalen Familie zu üben und mit Kreis-Mitteln die Städte und Gemeinden zu entlasten.

Wir haben aber auch deutlich gemacht, dass dieser Kurs auf einer Veränderungsprognose beruht, dass nämlich ab 2012 wieder höhere (Gewerbe-)Steuern bei den Kommunen eingehen (die Schätzungen belegen dies) und dass zudem Entlastungen durch den Bund bei den Sozialkosten vorgenommen werden (dies ist beschlossen).

Da der Kreis – mangels finanzieller Masse – 2012 nicht ein weiteres Mal derart auf die Ausgleichsrücklage zurückgreifen kann, wurde darüber hinaus -so die Regierungspräsidentin- „ein breites Spektrum von Maßnahmen erarbeitet und auf den Weg gebracht, die dazu führen, den Kreishaushalt ab dem Jahre 2012 wieder ausgeglichen darstellen zu können“.

Ob dies -wie vom Kreiskämmerer gewünscht und von der CDU-Fraktion grundsätzlich schon länger befürwortet- in einem Doppelhaushalt 2012/2013 geschehen sollte, steht für uns unter dem Vorbehalt, welche Bestimmungen das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG 2012) des Landes bringen wird; denn schon in diesem Jahr gab es eine massive Umverteilung zu Lasten der meisten kreisangehörigen Städte und Gemeinden und des ländlichen Raumes.

An einer Stelle freilich ist die Regierungspräsidentin dem Landrat „auf den Leim gegangen“: bei dessen Mär von den Ersparnissen durch seine „Neuorganisation“ der Verwaltung.

Deshalb in aller Deutlichkeit: Durch diese Maßnahme wird in diesem Jahr nichts eingespart. Nicht-Wiederbesetzung von Stellen wäre auch ohne Organisationsänderung möglich gewesen; ein entsprechender CDU-Antrag lag vor.

Die „Neuorganisation der Verwaltung“ ist -so hat der Kreistag am 14.07.2011 befunden- „in den Augen der großen Kreistagsmehrheit sachlich ungerechtfertigt, politisch motiviert, mitarbeiterfern und ohne jegliche Kommunikation mit dem Kreistag verfügt.“ –Leider! Deshalb hat der Kreistag Landesregierung und Landtag um eine Novellierung der Kreisordnung gebeten.